

bezügliches Gesetz beschlossen. Es ist eine Kommission tätig. Die Berichte sind zumindest von unserer Partei vollständig geliefert worden, sowohl hinsichtlich dessen, was abgegeben wurde - danach war gar nicht gefragt, das haben wir alles mitgeliefert -, als auch hinsichtlich dessen, was noch da ist. Hier sind Berichte zu erwarten.

Dieses Gesetz widerspricht auch dem damals beschlossenen Gesetz. Es soll hier einfach noch ein Stück vorangetrieben werden. Und die Zielstellung ist ganz eindeutig, die Zielstellung ist ganz klar. Irgendeiner Art von rechtsstaatlichem Maßstab hält das Ganze nicht stand.

Und wissen Sie, was die Mitgliedsbeiträge betrifft: Sie sagen immer, viele waren gezwungen in der SED, und deshalb sind auch die Mitgliedsbeiträge nicht rechtmäßig. Es gab sehr viele in diesem Land, dazu gehören Sie ja zum Beispiel auch, die nicht drin waren. Also so völlig unfreiwillig war die Mitgliedschaft nicht.

(Zuruf von der DSU: Das habe ich nie behauptet!)

Na gut, dann müssen Sie der Partei auch zubilligen, daß sie zum Beispiel mit diesen Mitgliedsbeiträgen operiert. Und deshalb sage ich ja: Ohne jede Rechtspflicht und vor jeder anderen Partei haben wir bereits 75 % abgegeben. Da brauchten Sie uns gar nicht aufzufordern. Darauf sind wir ganz allein gekommen. Die anderen Parteien reden, haben aber bisher nicht eine einzige Immobilie abgegeben. Das will ich bei dieser Gelegenheit hier mal eindeutig feststellen.

(Beifall bei der PDS)

Und ich habe Ihnen auch schon öfter gesagt, daß dieser Prozeß nicht noch beendet ist.

(Nicht zu verstehender Zuruf von Prof. Dr. Walther.)

Es geht weiter, und das weiß auch die zuständige Kommission. Es gibt weitere Abgabeentscheidungen. Aber das, was Sie wollen, ist die vollständige, entschädigungslose Enteignung hinsichtlich sämtlicher Gebäude und damit das Heraussetzen der Partei aus allen Räumen, wozu die Vollzugsbehörde jederzeit mit einer Frist von 6 Wochen befugt ist. Sie setzt auch allein, falls sie die Gnade haben sollte, uns doch in dem einen oder anderen Raum zu belassen, die Miete fest, natürlich so ruinös, daß wir nicht drinbleiben können. Sie können doch nicht im Ernst glauben, daß wir diese billigen Tricks nicht mitbekommen und auch die Zielstellung, die damit angestrebt ist.

Und bei dieser Gelegenheit erfüllen Sie sich gleich noch einen anderen Wunsch und enteignen vollständig die Gewerkschaften, damit auch diese Bewegung in der DDR keine Lebensgrundlage mehr besitzt.

(Beifall bei der PDS)

Und das kann unmöglich aufgehen.

(Zwischenruf des Stellvertreters der Präsidentin Dr. Schmieder: Herr Abgeordneter! Ich mache Sie darauf aufmerksam, wir hatten 5 Minuten vereinbart.)

Das zeigt dann einfach Ihren absoluten Mangel an Rechtsverständnis, und ich sagen Ihnen letztlich noch etwas, Sie müssen sich nun mal schon hinsichtlich des Weges entscheiden. Und wir hatten hier bereits eine Entscheidung getroffen. Sie fühlen sich daran, an Ihre eigene Entscheidung, nicht mehr gebunden und kommen heute mit populistischen Argumenten, wiederum auf Kosten anderer. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, soll ja später eine Zuteilung wieder an Parteien erfolgen, gegebenenfalls. Es würde mich ja sehr interessieren, an welche. Ich nehme an, an die DSU.

(Beifall bei der PDS)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Danke schön, Abgeordneter Gysi. Es gibt einige Anfragen. Sind sie bereit, darauf einzugehen?

(Zuruf Dr. Gysi, PDS: Ja.)

Bitte schön. Zuerst die CDU, dann Bündnis 90/Grüne und SPD.

**Kersten Wetzel (CDU/DA):**

Herr Gysi! Gestatten Sie mir zwei kleine Fragen? Würden Sie mir zustimmen, daß in diesem Gesetz, das ja in den Ausschüssen vielleicht noch bearbeitet und eventuell etwas verändert wird, eine Regelung getroffen werden kann, daß ehemalige Objekte der SED, vielleicht um ein gutes Zeichen zu setzen, für gemeinnützige Arbeit, für Sozialarbeit verwendet werden können?

(Zuruf einer PDS-Abgeordneten: Das ist doch schon geklärt.)

**Dr. Gysi (PDS):**

Haben Sie sich denn mal damit beschäftigt, wie viele Objekte zum Beispiel dafür schon zur Verfügung gestellt worden sind. Eine Liste dieser Objekte liegt vollständig vor. Sie ist auch abgegeben bei der zuständigen Kommission. Die kennen sie. Und d? können wir auch noch über weitere Objekte reden, wo das gerechtfertigt ist. Aber was hier beabsichtigt ist, ist etwas völlig anderes, nämlich die Unmöglichkeit einer künftigen politischen Tätigkeit.

**Kersten Wetzel (CDU/DA):**

Darf ich jetzt meine zweite Frage anschließen? Würden Sie mir auch zustimmen, daß ich es deshalb, wegen dieser Antwort, etwas eigenartig finde, daß die PDS-Partei schon in Bad Blankenburg, obwohl Verhandlungen geführt worden sind mit der Fundament GmbH, daß wir dort ein Jugendsozialarbeitsprojekt einrichten, daß die entsprechenden Anbieter da waren und die Gespräche geführt worden sind, dann kurzfristig an einen westdeutschen Unternehmer verpachtet worden sind, an eine Schwarzeck-GmbH, die seit 1.7. dort ein kommerzielles Hotelunternehmen betreibt.

(Zwischenfrage von Dr. Gysi, PDS: Wo ist das Objekt?)

In Bad Blankenburg. Sie kennen das auch. Ich hatte das schon einmal mit Ihnen in der Parlamentspause abgesprochen.

**Dr. Gysi (PDS):**

Da kriegen Sie von mir Bescheid.

**Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):**

Herr Gysi! Ich kann sehr vielen Ihrer Aussagen zustimmen. Trotzdem fällt es mir schwer, Beifall zu spenden. Für die Glaubwürdigkeit Ihrer Partei auch in diesem Zusammenhang wäre es sehr notwendig gewesen, noch ein wenig mehr Worte zu verlieren, als die immer wieder wiederholten 75 %.

Bevor Sie von der CDU klatschen, möchte ich Sie bitten, diese Jacke auch sich selber ein wenig anzuziehen. Man kann nämlich auch mit Weggebenem Politik machen. Auch Finanzierung ist Macht. Man kann Entscheidungen treffen, wem man das Geld gibt und wem man es nicht gibt, und außerdem meine ich, daß man auch über diese 25 %

(Zwischenruf Dr. Gysi, PDS: Frau Birthler! Darf ich Ihnen dazu eins sagen?)

Ich bin gleich zu Ende.